

Die Haltung der Basler Gewerkschaften zur Arbeitsimmigration an den Beispielen Gewerkschaftskartell, SMUV und GTCP (1960-1981)

Autor(en): **Zürcher, Daniel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **115 (2015)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-813340>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Haltung der Basler Gewerkschaften zur Arbeitsimmigration an den Beispielen Gewerkschaftskartell, SMUV und GTCP (1960–1981)*

von Daniel Zürcher

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, welche Positionen zur Arbeitsimmigration die Gewerkschaften in Basel eingenommen und ob sich die Haltungen der regionalen Eliten (Funktionäre, Vertrauensleute) und der Basis von denjenigen der Zentralverbände unterschieden haben. Berücksichtigt wurden mit dem Gewerkschaftskartell Basel-Stadt (GKBS) die Kantonalsektion des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) sowie mit der Sektion Basel und Umgebung des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes (SMUV) und der Sektion Industriearbeiter Basel der Gewerkschaft Chemie Textil Papier (GTCP, bis 1963 Schweizerischer Textil- und Fabrikarbeiterverband [STFV]) zwei Lokalsektionen, die dem rechten und dem linken Rand des politischen Spektrums des SGB zuzuordnen sind.¹ Die Studie beschränkt sich auf die Haltung der Basler Gewerkschaften gegenüber den Arbeitsmigranten, also Menschen, die für längere Zeit – mindestens eine Saison – in eine andere Region wandern, um dort zu arbeiten. Von der Arbeitsmigration zu unterscheiden sind Flucht, Vertreibung, Kurzstreckenmobilität und Kurzzeitmobilität – worunter das Grenzgängertum fällt –, die hier nicht berücksichtigt werden.² Im untersuchten Zeitraum handelte

* Es handelt sich um eine stark gekürzte Version meiner im Februar 2014 am Departement Geschichte der Universität Basel eingereichten Masterarbeit «Die Haltung der Basler Gewerkschaften zur Arbeitsimmigration. Gewerkschaftskartell, SMUV und GTCP von 1960 bis 1981».

1 Siehe dazu Charles Stirnimann: Der Weg in die Nachkriegszeit 1943–1948. Ein Beitrag zur politischen Sozialgeschichte des «Roten Basel», Basel 1992, S. 264–269; Thomas Gerlach: Ideologie und Organisation. Arbeitgeberverband und Gewerkschaften in der Schweizer Textilindustrie 1935 bis 1955. Eine Studie zur Logik kollektiven Handelns, Stuttgart 1995 (Industrielle Welt, 55), S. 258–264. Zur Erschliessung der Gewerkschaftsarchive in Basel siehe Simon Wenger/Hermann Wichers: Die Basler Gewerkschaftsarchive: Überlieferungsbildung, Quellenlage und Forschungsperspektiven. Abschlussbericht des Archivierungsprojekts der Vorgängerorganisationen der Gewerkschaft Unia Nordwestschweiz, Basel 2012. Zu beachten ist, dass sich die Sektionsgebiete von SMUV und GTCP im Gegensatz zum Gewerkschaftskartell über den Kanton Basel-Stadt hinaus erstreckten und Teile anderer Kantone einschlossen.

2 Zu Formen der Migration siehe Dirk Hoerder/Jan Lucassen/Leo Lucassen: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: Klaus J. Bade et al. (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Zürich

es sich bei den Arbeitsimmigranten vor allem um Italiener und in geringerer Zahl Spanier, wobei mit der Zeit weitere Nationalitäten hinzukamen.

Die Haltung verschiedener gewerkschaftlicher Zentralverbände zum Thema «Immigration» in den 1960er- und 1970er-Jahren hat in der Forschung bereits einige Beachtung gefunden.³ Regionalstudien gibt es ausser zur Romandie allerdings noch kaum.⁴ Von dort ist bekannt, dass die Basis vielfach einwanderungskritisch bis fremdenfeindlich eingestellt war. Ein ähnliches Bild zeigen die zitierten Studien für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund und den Zentralverband des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, die im Gegensatz zum sehr stark von der Zuwanderung betroffenen Bau- und Holzarbeiterverband lange Zeit einwanderungskritische Positionen vertraten. Der Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg hatte in der Schweiz aufgrund des Mangels an einheimischen Arbeitskräften zu einer starken Zunahme der Arbeitsimmigration geführt, wozu sich die Gewerkschaften als Vertreterinnen der Arbeiterschaft notgedrungen positionieren mussten. Dabei überwog von Anfang an Skepsis, aber Gewerkschaften wie die Gewerkschaft Chemie Textil Papier und der Metall- und Uhrenarbeiterverband anerkannten den Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften und stimmten der Zulassung von Zuwanderern unter Vorbehalten zu.⁵

Das Einverständnis der Gewerkschaften erfolgte unter derselben Annahme, von der auch die Behörden ausgingen. Beide rechneten nach dem Zweiten Weltkrieg – analog zu der Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg – fest mit einer Krise und waren überzeugt, dass es sich bei der Einwanderung um ein vorübergehendes Phänomen

2007, S. 28–53, hier S. 36–39. Allerdings sprechen die Quellen häufig nur von «Ausländern», was jeweils auch Grenzgänger oder Flüchtlinge einschliessen könnte.

- 3 René Riedo: Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der schweizerischen Gewerkschaftspolitik von 1945–1970, Bern/Frankfurt a.M. 1976. Zum SGB siehe Karin Gfrörer: Gewerkschaftliche Fremdarbeiterpolitik in der Krise. Leitbilder und Orientierungsprobleme des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes von 1964–1978, Lizentiats-Arbeit Universität Zürich 2001. Zum SMUV siehe Ulrich Hunziker: Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) und die italienische Immigration 1945–1965, Lizentiats-Arbeit Universität Zürich 1999. Zum SMUV und zum Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband (SBHV), ab 1974 Gewerkschaft Bau und Holz (GBH), siehe Moritz Spillmann: Fremdarbeiter – Wilde Streiks – Gewerkschaften. Die wilden Fremdarbeiterstreiks in der Schweiz in den frühen 1970er Jahren und ihr Einfluss auf die Gewerkschaftspolitik – oder: vom verlorenen Vertrauen in das helvetische Selbstverständnis, Lizentiats-Arbeit Universität Zürich 2005.
- 4 Zur Romandie siehe Jean Steinauer/Malik von Allmen: Weg mit den Baracken! Die Immigranten in den schweizerischen Gewerkschaften 1945–2000, Lausanne 2000.
- 5 Gerlach (wie Anm. 1), S. 356–376; Hunziker (wie Anm. 3), S. 15f.

in einer kurzen Phase ausserordentlichen Wirtschaftswachstums handelte.⁶ Den Zuwanderern sollte dabei die Rolle von sogenannten Konjunkturpuffern zukommen, die im Falle eines Abschwungs zurück in ihre Herkunftsländer geschickt worden und somit der Schweiz nicht als Arbeitslose zur Last gefallen wären. Die Voraussetzungen dafür lieferten das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) von 1931 und das Anwerbeabkommen mit Italien von 1948: ein ausgeklügeltes System von Saison- und Jahresaufenthaltsbewilligungen, das eine Niederlassung erst nach zehn Jahren ermöglichte.⁷ In diesen zehn Jahren, so damals die Annahme von Behörden und Gewerkschaften, wären die erwartete Wirtschaftskrise längst eingetreten und die Aufenthaltsbewilligungen arbeitslos gewordener ausländischer Arbeitskräfte nicht verlängert worden; die «Konjunkturpuffer» hätten in ihre Heimat zurückkehren müssen. Da aber die Krise nicht eintraf, sondern das Wirtschaftswachstum unvermindert anhielt, nahm auch die Zuwanderung stetig zu. 1955 konnten sich die ersten Immigranten um eine Niederlassungsbewilligung bemühen, die es ihnen ermöglichte, auch im Falle eines Stellenverlusts in der Schweiz zu bleiben. Hinzu kam, dass das von den Behörden vorgesehene «Rotationsprinzip» nicht wie geplant funktionierte: Anstatt einige Jahre in die Schweiz zu kommen, um Geld zu verdienen, und danach zurückzukehren, blieben die meisten Eingewanderten dauerhaft.⁸ Damit war ein Szenario eingetreten, das so niemand erwartet hatte. Als spätestens um 1960 zu Tage trat, dass die Einwanderung kein vorübergehendes Phänomen war, wich die von Anfang an skeptische Haltung der Gewerkschaften offener Ablehnung. Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband zum Beispiel bekämpfte jedwede Vereinfachung des Familiennachzugs, um den provisorischen Charakter der Einwanderung nicht noch mehr zu gefährden.⁹ Extremere Forderungen gingen sogar so weit, die Aufenthaltsbewilligung kurz vor

6 Riedo (wie Anm. 3), S. 49; Hans Mahnig/Etienne Piguet: Die Immigrationspolitik der Schweiz von 1948 bis 1998. Entwicklung und Auswirkung, in: Hans-Rudolf Wicker/Rosita Fibbi/Werner Haug (Hgg.): Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen», Zürich 2003, S. 65–108, hier S. 68.

7 Zur Schweizer Migrationspolitik siehe Mahnig (wie Anm. 6); Werner Haug: «... und es kamen Menschen». Ausländerpolitik und Fremdarbeit in der Schweiz 1914 bis 1980, Basel 1980.

8 Thomas Buomberger: Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher, Zürich 2004, S. 19.

9 Angelus Eisinger: Die dynamische Kraft des Fortschritts. Gewerkschaftliche Politik im Spannungsfeld zwischen Vertragspolitik, sozioökonomischem Wandel und technischem

Erreichen der zehnjährigen Frist für die Niederlassungsbewilligung nicht zu verlängern, so dass die ausländischen Arbeitskräfte gezwungenermassen hätten ausreisen müssen.¹⁰

Im Folgenden wird in einem ersten Teil dargestellt, welche Haltung die Basler Gewerkschaften in den 1960er-Jahren angesichts der steigenden Zuwanderung und einer aufkommenden Überfremdungsbewegung gegenüber der Arbeitsimmigration eingenommen haben, bevor in einem kurzen zweiten Teil untersucht wird, wie sie bei der Mitgliederrekrutierung auf die veränderte Zusammensetzung der Arbeiterschaft reagiert haben. Im dritten Teil wird dargelegt, wie die Schwarzenbach-Initiative die Gewerkschaften gespalten hat, und im vierten Teil sollen schliesslich die 1970er-Jahre betrachtet werden, die einerseits von einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geprägt waren, in denen sich andererseits aber eine Entspannung in der Immigrationsdebatte abzeichnete.

Die Haltung der Basler Gewerkschaften zur Migrationspolitik in den 1960er-Jahren

Die Gewerkschaften verscrieben sich in den 1960er-Jahren der widersprüchlichen Strategie, zum einen ständig die «Überfremdung» zu kritisieren und zum andern aufgrund wirtschaftlicher Sachzwänge der Arbeitsimmigration zuzustimmen.¹¹ Ihre Politik des Arbeitsfriedens und der daraus folgende weitgehende Verzicht auf Kampfmassnahmen liess ihnen jedoch auch kaum eine andere Möglichkeit.¹²

Wachsender Unmut über die Einwanderung kann in den frühen 1960er-Jahren vor allem bei der Basler SMUV-Sektion festgestellt werden.¹³ Hingegen war sie bei der Gewerkschaft Chemie Textil Papier noch kaum ein Thema, was darauf zurückzuführen sein dürfte, dass die Zulassung von Immigranten in der Chemie- und Textilindustrie des Kantons Basel-Stadt gerade erst begonnen hat-

Fortschritt, Eine theoriegeleitete Untersuchung der Politik des SMUV im Zeitraum von 1952–1985, Zürich 1996, S. 69.

10 Riedo (wie Anm. 3), S. 147.

11 Vgl. Gfrörer (wie Anm. 3), S. 43f.; Buomberger (wie Anm. 8), S. 39.

12 Siehe Urs Zuppinger: Die zerbrochene Solidarität. Zur gewerkschaftlichen Ausländerpolitik der Nachkriegsjahre, in: Widerspruch (Hg.): Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos. Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit – Geschichte, Krise, Perspektiven, Zürich 1987, S. 71–81; Hunziker (wie Anm. 3), S. 93–98; Spillmann (wie Anm. 3), S. 147–150.

13 Vgl. Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS), PA 1135a C 4-2-3: Protokoll Vorstandssitzung, AK Emil Haefely AG, 6.11.1962 und C 3-1: Protokoll Sektionsvorstand (SV), 4.9.1962.

te.¹⁴ Gemäss SMUV-Sekretär Hugo Waldner (1918–1998) war nicht die Angst vor neuer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt der Grund für die gewerkschaftliche Kritik an der Zuwanderung, sondern die Sorge um den Arbeitsfrieden, denn die ausländischen Arbeitskräfte brächten «aus ihrer Heimat andere Vorstellungen mit, welche die Beilegung von Meinungsdivergenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffen».¹⁵ Fragwürdig ist allerdings, ob die zusätzliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wirklich keine Rolle bei der Kritik an der Immigration spielte, denn zugleich hielt man dem Bundesrat vor, er hätte die Teuerung mit Hilfe einer durch forcierte Einwanderung herbeigeführten Sättigung des Arbeitsmarktes und der daraus folgenden Stagnation bei der Lohnentwicklung bekämpfen wollen.¹⁶ In der Tat hatte Zuwanderung schon immer das Potential, die Löhne zu drücken, und wurde auch immer wieder dazu benutzt.¹⁷ Der Pauschalverdacht, dass die Ausländer eine Gefahr für den Arbeitsfrieden seien, kann hingegen kaum von konkreten Erfahrungen herrühren, denn in der Region Basel war es seit einer Streikwelle Ende des Zweiten Weltkrieges kaum zu Arbeitskonflikten gekommen.¹⁸ Zahlreiche weitere Äusserungen in den Quellen belegen aber, dass die Schweizer Arbeiter die Zuwanderer – und auch Grenzgänger – trotz geringer Arbeitslosigkeit durchaus als Konkurrenz wahrnahmen.¹⁹ Dies galt zudem für den Wohnungsmarkt, dessen angespannte Situation ebenfalls als Argument für die Begrenzung der Einwanderung vorgebracht wurde.²⁰

Wie angespannt die Stimmung in der Schweiz war, zeigt der Besuch des italienischen Arbeitsministers Fiorentino Sullo im November 1961. Der etwas provozierend auftretende Sullo wagte es, die rechtliche und soziale Lage seiner Landsleute in der Schweiz zu kritisieren, und sorgte damit für allgemeine Empörung, insbesondere

14 Schweizerisches Sozialarchiv (SSA), Zürich, Ar 18.510.2: Sekretariatsberichte Juli/Aug./Sept. 1960, S. 2, und 1.1. bis 25.6.1962, S. 6.

15 StABS, PA 1135a D 1: Jahresbericht 1962, S. 3.

16 Ebd., S. 2f.

17 Stephen Castles/Godula Kosack: *Immigrant Workers and Class Structure in Western Europe*, 2. Aufl., Oxford et al. 1985, S. 118f.

18 Siehe die Liste der Streiks bei Bernard Degen: *Das Basel der andern. Geschichte der Basler Gewerkschaftsbewegung*, Basel 1986, S. 98–102.

19 Siehe SSA, Ar 18.316.43: Protokoll Vertrauensleutesitzung, Gruppe Stückfärberei AG, 20.11.1962 und Ar 18.520.10: Protokoll SV, 25.1.1962. Zur Arbeitslosigkeit in Basel siehe Degen (wie Anm. 18), S. 135–137.

20 StABS, PA 929a C 4-1: Protokoll Delegiertenversammlung (DV), 18.4.1963 und PA 1135a C 3-1: Protokoll SV, 19.2.1963.

auch bei SMUV-Zentralpräsident Ernst Wüthrich (1905–1978).²¹ Im Basler Grossen Rat riet Kartellsekretär Oreste Fabbri (1905–1966) – ein zwar in der Schweiz geborener, aber erst 1947 eingebürgerter Italiener – dem «italienischen Arbeitsminister Sullo oder Gullo» unter Beifall, er solle sich besser um die «Elendsquartiere in Italien kümmern» und dafür sorgen, «dass jeder Italiener in den Grosstädten und in Sizilien täglich zu seiner Minestrone kommt».²² Als nachträgliche Bestätigung, dass Sullo mit seiner Einschätzung recht hatte, italienische Arbeiter seien in der Schweiz am Arbeitsplatz grösseren Gefahren ausgesetzt als in Italien, kann das Unglück beim Bau des Mattmarkstausees 1965 angesehen werden.²³ Selbst die sozialdemokratische Basler Arbeiter-Zeitung gestand bei aller Kritik an Sullo ein, dass dessen Worte einen wahren Kern besässen.²⁴ Allerdings wollten sich Gewerkschaftsfunktionäre wie Fabbri oder Wüthrich ihre eigenen Versäumnisse nicht von aussen vorhalten lassen, obwohl es seit 1962 Politik der Gewerkschaften war, eine Beschränkung der Einwanderung bei gleichzeitigem Abbau der Diskriminierung im Inland zu fordern.²⁵ Es lag eben auch an der bisherigen Ignoranz der Gewerkschaften, dass die Italiener oft unter menschenunwürdigen Bedingungen in heruntergekommenen Baracken hausten, je nach Rechtsstatus den Beruf und den Kanton nicht wechseln durften, bei Stellenverlust Gefahr liefen, das Land verlassen zu müssen, und weit mehr von Unfällen betroffen waren als Schweizer.²⁶

Der Prüfstein der Gewerkschaftspolitik stand mit dem sogenannten Italienerabkommen von 1964 an, das unter anderem den Familiennachzug erleichterte, sofern geeignete Wohnverhältnisse nachgewiesen werden konnten.²⁷ Der Schweizerische Gewerkschaftsbund unterstützte das Abkommen unter anderem aus Sorge um die Konjunktur, denn die Wirtschaft war inzwischen von den ausländischen Arbeitskräften abhängig, und der Einsicht, dass den Italienern, wenn sie dauerhaft im Land blieben, das Familienleben nicht

21 Hunziker (wie Anm. 3), S. 39–63; Gianni D'Amato: Vom Ausländer zum Bürger. Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, Münster/Hamburg/London 2001 (Region – Nation – Europa, 5), S. 210.

22 StABS, PA 929a Q 1: National-Zeitung, 10.11.1961. Aus andern Zeitungsartikeln im selben Dossier ist zu erschliessen, dass Fabbri «culo» gesagt haben muss.

23 Hunziker (wie Anm. 3), S. 40.

24 StABS, PA 929a Q 1: Arbeiter-Zeitung, 11.11.1961.

25 Riedo (wie Anm. 3), S. 165–168; Buomberger (wie Anm. 8), S. 19.

26 Vgl. Hunziker (wie Anm. 3), S. 26–31; Eisinger (wie Anm. 9), S. 69.

27 Zum Abkommen siehe Buomberger (wie Anm. 8), S. 53.

verweigert werden konnte.²⁸ Nun standen die Gewerkschaften aber vor der schwierigen Aufgabe, ihr Vorgehen, das einer Zustimmung zu noch mehr Einwanderung gleichkam, der eigenen Basis zu erklären.²⁹ Das Gewerkschaftskartell betonte in seiner Stellungnahme zum Abkommen, dass es zwar die soziale Gleichstellung der ausländischen Arbeitskräfte befürworte, die Wohnungsnot in Basel den Familiennachzug aber nur in einem sehr geringen Ausmass ermöglichen und die gerechte Behandlung der Italiener nur bei einer Reduzierung der Zuwanderung realisierbar sei.³⁰ Damit war das Dilemma umschrieben, zugleich traditionelle gewerkschaftliche Werte wie die Solidarität unter der Arbeiterschaft zu achten und auf die Einwanderungskepsis der eigenen Basis Rücksicht zu nehmen. Die Lösung sah man in der Forderung nach weniger Einwanderung bei mehr Rechten für die Eingewanderten.

Wie schwierig es für die Gewerkschaften gewesen ist, das Italienerabkommen der eigenen Basis schmackhaft zu machen, illustriert ein internes Dokument zum Thema, in dem der Autor zunächst die negativen Seiten der italienischen Einwanderung in Basel wortreich beklagt:

«Unsere Kaufhäuser, Kinos, gewisse Restaurants, unsere Tramwagen sind überfüllt von Italienern. Schon gibt es kleine Italienerquartiere in unserer Stadt. Dort wohnen diese Arbeiter meistens in erbärmlichen Verhältnissen bei hohen Mietpreisen, die an Wucher grenzen. Die Italiener machen sich laut und unangenehm bemerkbar.»³¹

Als ein Grund für die Problemlage wird die «Verminderung der beruflichen und charakterlichen Qualität der in den letzten Jahren Zugereisten» genannt, womit die Südtaliener gemeint waren, die zunehmend anstelle der Norditaliener einwanderten.³² Anschliessend versucht der Autor aber, die Ängste seines Publikums zu besänftigen. Die Wohnungsnot würde sich nicht verschärfen, da der Familiennachzug aufgrund der Wohnmarktsituation in Basel ohnehin nicht möglich sei und zu Lohndumping werde es nicht kommen, da die Italiener zu denselben Lohn- und Arbeitsbedingungen wie die Schweizer angestellt würden.³³ Zudem wird die Zuwanderung

28 Gfrörer (wie Anm. 3), S. 43–45 und S. 54.

29 Ebd., S. 88.

30 StABS, PA 929a C 4-1: Protokoll DV, 28.10.1964.

31 Ebd., C 5-2: Das Auswanderungsabkommen Schweiz–Italien vom 10. August 1964, S. 2.

32 Ebd., S. 3.

33 Ebd., S. 3–6.

geradezu als Notwendigkeit dargestellt, weil die Schweizer auch bei besseren Löhnen nie in diejenigen Branchen, aus denen sie abgewandert seien, wie beispielsweise die Landwirtschaft, zurückkehren würden.³⁴ Eine Begrenzung der Einwanderung könnte nach Ansicht des Autors dadurch erreicht werden, dass einerseits Produktionsprozesse rationalisiert würden und andererseits diejenigen, die nicht mehr einreisen, nicht ersetzt würden; eine solche Reduktion der Zahl ausländischer Arbeitskräfte wäre auch für die Italiener gerecht.³⁵ Die Antwort auf die Frage, warum er die Folgen der italienischen Immigration dramatisierte, aber diejenigen des Italienerabkommens kleinredete, liefert der Autor gleich selbst: «Es ist erfreulich, dass nach monatelangen, nervösen Diskussionen vernünftige und vertretbare Vorschläge ausgearbeitet worden sind, die auch gegenüber unseren Gastarbeitern und in ihren Versammlungen vertretbar sind.»³⁶ Die Gewerkschaften mussten also nicht nur die einwanderungskeptsche schweizerische Basis beruhigen und vom Abkommen überzeugen, sondern durften gleichzeitig ihre italienischen Mitglieder nicht vor den Kopf stossen. Sie waren zum Kompromiss verdammt und hatten gleichermassen die Interessen der schweizerischen wie der italienischen Mitglieder, die schwierig zu vereinbaren waren, zu vertreten, denn sonst hätten sie damit rechnen müssen, Teile ihrer Basis zu verlieren. Sie mussten daher gleichzeitig einwanderungskritische wie einwanderungsfreundliche Positionen einnehmen.

Nichts illustriert dieses Dilemma besser, als die Schliessung der Firma Gröninger AG in Binningen im Mai 1969. Im Sektionsvorstand des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes kam die Forderung auf, die Gelegenheit zu nutzen, endlich Immigranten «abzubauen». Sekretär Waldner stellte aber klar, dass es nur Nachteile mit sich brächte, wenn der SMUV nicht die Interessen der vielen langjährigen und niedergelassenen ausländischen Arbeiter vertreten würde.³⁷ Die Metallarbeitergewerkschaft wollte also auf der einen Seite keine Reduktion der Ausländerzahl fordern, weil man so die Einwanderer verärgert hätte, auf der andern Seite konnte sie das Begrenzungsziel aber auch nicht aufgeben, sonst wären die Schweizer aufgebracht gewesen. Die Spannungen in der Migrationspolitik waren längst viel zu gross geworden, um alle zufriedenzustellen.

34 Ebd., S. 7f.

35 Ebd., S. 8–10.

36 Ebd., S. 10.

37 Ebd., PA 1135a C 3-1: Protokoll SV, 13.5.1969.

1965 forderten die Gewerkschaften – zuerst der Schweizerische Gewerkschaftsbund mit einer Eingabe bei Bundesrat Tschudi, dann SMUV-Zentralpräsident Wüthrich per Motion – eine Begrenzung der Zahl der Arbeitsimmigranten auf 500 000.³⁸ Dadurch hätten innert fünf Jahren 220 000 ausländische Arbeitskräfte die Schweiz verlassen müssen, wobei nach den Vorstellungen des Gewerkschaftsbundes ab 1972 die Höchstzahl von 500 000 alle Niedergelassenen und Familienangehörigen einschliessen sollte.³⁹ Dem Gewerkschaftskartell gingen diese Forderungen zu weit. Kartellsekretär Fabbri hielt eine Obergrenze von 500 000 Immigranten für unrealistisch, vor allem wenn die Niedergelassenen darin inbegriffen sein sollten, und betonte, er ziehe einen Zulassungsstopp einem Abbau vor und eine Stabilisierung des Ausländeranteils würde aus seiner Sicht genügen.⁴⁰ Mit der Ablehnung erzwungener Ausreisen unterschied er sich deutlich von denjenigen Funktionären, die zehn Jahre zuvor gefordert hatten, Aufenthaltsbewilligungen sollten kurz vor dem Erreichen des Rechts auf Niederlassung nicht erneuert werden. Gleichzeitig hob sich Fabbri, auch wenn er sich nicht entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit wandte, vom herrschenden gewerkschaftlichen Überfremdungsdiskurs ab, da er die Angst vor «Überfremdung» als ungerechtfertigt bezeichnete. So fragte er mit Blick darauf, dass die Zuwanderer hauptsächlich unter sich bleiben und sich nicht mit der Schweizer Bevölkerung mischen würden: «Wie sollte da unsere eidgenössische Substanz durch 600 000 oder 700 000 Ausländer bedroht werden?»⁴¹

Trotzdem stand Oreste Fabbri mit seiner Haltung keineswegs in Opposition zum Gewerkschaftsbund. Er kritisierte diesen nicht und wich höchstens in Nuancen ab, denn am Begrenzungsziel hielt auch er fest. Anderswo wurde hingegen durchaus Kritik geübt. Der Sektionsverwalter der Gewerkschaft Chemie Textil Papier, Traugott Hasslauer, bezeichnete die Forderung nach einer Begrenzung auf 500 000 Immigranten als «völlig dogmatisch» und «in keiner Weise wirtschaftlich begründet».⁴² Stärker dem Ziel von 500 000 Einwanderern

38 Eisinger (wie Anm. 9), S. 136; Buomberger (wie Anm. 8), S. 41.

39 Eisinger (wie Anm. 9), S. 136.

40 StABS, PA 929a Q 1: National-Zeitung, 13.12.1965.

41 Ebd.

42 SSA, Ar 18.520.11: Protokoll SV, 28.1.1965. Hasslauer selbst war als deutscher Staatsangehöriger in der Schweiz geboren, aber erst 1970 eingebürgert worden. Von 1968 bis 1973 präsidierte er die Basler Sektion der GTCP. Zu ihm siehe Alois Bischof: Von Anfang an dabei, in: GTCP Sektion Basel (Hg.): «Brot und Aktien allein genügen nicht». GTCP Sektion Basel 1941–1991, Basel 1991, S. 9–11.

derern verbunden gewesen zu sein scheint der Metall- und Uhrenarbeiterverband. Im Jahresbericht 1965 ist zu lesen, dass die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte gesunken sei, jedoch «nicht in dem von uns gewünschten Masse». ⁴³ Wie ernst es den Gewerkschaften mit der Motion Wüthrich war, ist hingegen eine andere Frage. Sie ging viel zu weit, um im Parlament eine Chance zu haben, und wurde daher in der Forschung auch schon als kalkulierte Niederlage eingeschätzt – mit dem Ziel, die Verantwortung für die Migrationspolitik abzugeben. ⁴⁴ In der Folge nahmen dann auch andere politische Kräfte das Heft in die Hand, allen voran die Demokratische Partei (DP) des Kantons Zürich mit ihrer 1965 eingereichten und 1968 zurückgezogenen ersten Überfremdungsinitiative, die eine Begrenzung des Ausländeranteils auf 10 Prozent forderte. ⁴⁵ Die Initiative der DP, bei deren Annahme jährlich circa 71 000 Jahresaufenthalter die Schweiz hätten verlassen müssen, wurde vom Gewerkschaftsbund trotz scharfer Kritik am Bundesrat und an den Arbeitgebern abgelehnt. ⁴⁶ In den Basler Gewerkschaften gab sie wenig zu reden, wahrscheinlich, weil sie nie zur Abstimmung gelangte. Nur in einem Fall wird sie als «wirtschaftlich ganz unreal» bezeichnet. ⁴⁷

Die Aufnahme der Zuwanderer in die Gewerkschaften

Die Mitgliederwerbung unter den Arbeitsimmigranten hat den Gewerkschaften in den 1960er- und 70er-Jahren enorme Schwierigkeiten bereitet, war aber notwendig, um erstens dem Mitgliederschwund in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre entgegenzuwirken und zweitens dem Anspruch gerecht zu werden, die gesamte Arbeiterschaft zu vertreten. ⁴⁸ SMUV-Sektionspräsident Victor Mäder, der bereits 1961 dazu aufrief, auch die Italiener vermehrt zu organisieren, musste acht Jahre später, inzwischen Ehrenpräsident, feststellen,

43 StABS, PA 1135a D 1: S. 1.

44 Hunziker (wie Anm. 3), S. 93–98.

45 Buomberger (wie Anm. 8), S. 61–63.

46 Ebd.

47 StABS, PA 929a C 5-2: Das Auswanderungsabkommen Schweiz–Italien vom 10. August 1964, S. 6.

48 Vgl. Bernard Degen: Starre Strukturen im wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Klaus Armington/Simon Geissbühler (Hgg.): Gewerkschaften in der Schweiz. Herausforderungen und Optionen, Zürich 2000, S. 11–37, hier S. 24. Zum Mitgliederschwund siehe die Zahlen bei Degen, (wie Anm. 18), S. 119.

dass diese immer noch schlecht im Verband vertreten waren.⁴⁹ Die Gründe für das Scheitern sind vielfältig. Anfangs schien sich der Aufwand nicht zu lohnen, da die Einwanderer als temporäre Gäste betrachtet wurden, die bald in ihr Herkunftsland zurückkehren würden.⁵⁰ Bei Saisoniers kam die Werbung zudem einer Sisyphusarbeit gleich, da viele, darunter auch Werber und Vertrauensleute, auf eine Wiedereinreise verzichteten, und viele von denjenigen, die wieder einreisten, jedes Jahr neu gesucht werden mussten.⁵¹ Weiter spielte auch der Widerwille von Schweizern eine Rolle, überhaupt Ausländer aufzunehmen.⁵² Hinzu kam die heterogene Organisationsbasis, die Gewerkschaften bei der Werbung generell (zum Beispiel auch bei Frauen und Angestellten) Mühe bereitete,⁵³ weshalb die Klagen über Sprachprobleme,⁵⁴ Spaltung der Zuwanderer in unterschiedliche weltanschauliche Lager⁵⁵ oder die Zersplitterung der Arbeiterschaft in verschiedenste Nationalitäten⁵⁶ als Hindernisse wenig erstaunen.

Allerdings scheint dem Desinteresse der ersten Jahre kein klares Konzept für die Immigrantenerwerbung gefolgt zu sein. Häufig wurde erfolglos versucht, Einwanderer an speziell für sie abgehaltenen Versammlungen zum Beitritt zu bewegen, obwohl schon früh festgestellt wurde, dass der Einsatz von Vertrauensleuten und Werbern derselben Herkunft die erfolgversprechendere Strategie gewesen wäre.⁵⁷ Nach einer längeren Anlaufzeit kam sie dann durchaus erfolgreich zum Einsatz,⁵⁸ und immer mehr stellten die Zentralverbände auch fremdsprachige Sekretäre an, zum Teil mit Standort Basel.⁵⁹ Misserfolge wurden gerne der Gleichgültigkeit der Zuwanderer angelastet,⁶⁰ auch dann, wenn es den Gewerkschaften offenbar

49 StABS, PA 1135a C 4-2-1: Protokoll Gruppenversammlung, Gruppe Aluminium Press- und Walzwerk, 18.1.1961 und C 4-2-3: Protokoll Gruppenversammlung, Gruppe Emil Haefely AG, 13.6.1969.

50 Degen, (wie Anm. 48), S. 21.

51 StABS, PA 929a Q 1: Berichte der Werbefunktionäre der Gruppe italienischer Saisonarbeiter der Sektion Basel und Umgebung des SBHV, 1960 und 1962–1964.

52 Ebd., PA 1135a C 3-1: Protokoll SV, 13.8.1968.

53 Robert Fluder et al.: Gewerkschaften und Angestelltenverbände in der schweizerischen Privatwirtschaft. Entstehung, Mitgliedschaft, Organisation und Politik seit 1940, Zürich 1991, S. 271; Degen (wie Anm. 48), S. 25–32.

54 Siehe StABS, PA 1135a D 1: Jahresbericht 1969.

55 Ebd., PA 929a C 3-1: Protokoll Kartellvorstand (KV), 13.11.1963.

56 Ebd., PA 1135a D 1: Jahresbericht 1965.

57 SSA, Ar 18.520.10: Protokoll SV, 30.8.1962.

58 Siehe ebd., Ar 18.520.13: Protokoll SV, 25.1.1968.

59 StABS, PA 932a C: Jahresbericht 1970–1973 und Tätigkeitsbericht 1978–1982.

60 Siehe SSA, Ar 18.520.12: Protokoll SV, 27.1.1966.

nicht gelungen war, ihre Werbemassnahmen den spezifischen Bedürfnissen und Mentalitäten der ausländischen Arbeitskräfte anzupassen. Dass noch 1974 in alter Manier die mangelnde Solidarität der Zuwanderer beklagt wurde,⁶¹ weist darauf hin, dass man im Gewerkschaftskartell den Gewerkschaftsbeitritt immer noch als Bringschuld verstand.

Nicht vergessen werden darf dabei aber, dass sich die Gewerkschaften in den 1960er-Jahren in einer schwierigen Lage befanden. Das traditionelle Arbeitermilieu löste sich allmählich auf. Immer häufiger wurden Arbeiter, insbesondere Schweizer, als Angestellte weiterbeschäftigt und in Branchen des Dienstleistungssektors, in denen das Angestelltenverhältnis bereits dominierte und die Gewerkschaften schwach vertreten waren, wuchs der Personalbestand deutlich stärker als in der Industrie.⁶² Während der Hochkonjunktur stiegen die Löhne zudem auch ohne Zutun der Gewerkschaften und in der Folge wurden Konsumgüter wie Autos oder Fernseher zunehmend auch für Arbeiter erschwinglich, so dass sich die Statusdifferenzen zwischen Arbeitern und Angestellten verwischt haben.⁶³ Die Beziehungen zwischen der Basis sowie den Funktionären und Vertrauensleuten lockerten sich; die Beiträge wurden zum Beispiel nicht mehr von Einzügern einkassiert, sondern per Überweisung bezahlt.⁶⁴ Das Interesse an gewerkschaftlichen Veranstaltungen nahm rapide ab. An manchen Gruppenversammlungen der 1960er- und 1970er-Jahre konnten die Teilnehmer an einer Hand abgezählt werden.⁶⁵ Neben den genannten Gründen könnte auch eine Rolle gespielt haben, dass die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung nach dem Zweiten Weltkrieg stark zugenommen haben: In einem Fall machte ein Gewerkschaftsvertreter für die schwache Teilnahme an einer Versammlung die am gleichen Abend begonnene Ausstrahlung eines mehrteiligen Fernsehfilms verantwortlich.⁶⁶ Inmitten dieser gesellschaftlichen Veränderungen stellte sich die Frage, ob Ausländer in die Gewerkschaften aufgenommen werden sollen. Dass diese

61 StABS, PA 929a C 4-1: Protokoll DV, 7.11.1974.

62 Degen (wie Anm. 48), S. 16f. und 26f.

63 Ebd., S. 18; Bernard Degen: Hochkonjunktur und Kalter Krieg, in: Valérie Boillat et al. (Hgg.): Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten, Zürich 2006, S. 228–275, hier S. 230–232.

64 Degen (wie Anm. 63), S. 275.

65 Siehe die Protokollbücher verschiedener Berufsgruppen des SMUV in: StABS, PA 1135a C 4-1.

66 Ebd., C 4-1-14: Protokoll Gruppenversammlung, 9.4.1970. Von 371 Mitgliedern der Gruppe Spengler und Sanitär-Installateure kamen 14.

Frage auch Unbehagen auslöste, ist verständlich, denn die Zusammensetzung der Arbeiterschaft hatte sich radikal verändert: An vielen Arbeitsplätzen sahen sich Schweizer innerhalb weniger Jahre in die Minderheit versetzt.⁶⁷ Ältere Schweizer mussten zusehen, wie jüngere Ausländer dank Akkordarbeit mehr verdienten als sie, oder nach der Pensionierung die Firmenwohnung räumen, um Platz für Zuwanderer zu schaffen.⁶⁸ Bewusst machen muss man sich auch, dass die Italiener in den 1960er-Jahren viel mehr als fremd wahrgenommen wurden, als man sich dies heute vorstellen kann. Was heute selbstverständlich ist – zum Beispiel die italienische Küche –, war damals in der Schweiz noch kaum bekannt.⁶⁹

Die Auseinandersetzung um die Schwarzenbach-Initiative

Die zweite Überfremdungsinitiative, die sogenannte Schwarzenbach-Initiative, über die am 7. Juni 1970 abgestimmt wurde, spaltete die Schweizer Gewerkschaften tief. Bei einer Annahme hätten rund 300 000 Zuwanderer die Schweiz verlassen müssen, was der Wirtschaft und damit auch den Schweizer Arbeitnehmern massiven Schaden zugefügt hätte.⁷⁰ Aus diesem Grund stellte sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegen die Initiative. Seine Haltung begründete er mit der praktischen Undurchführbarkeit und den negativen ökonomischen Auswirkungen der Initiative, aber auch mit menschlichen Erwägungen.⁷¹ Im Unterschied zu den Initiativen der Demokratischen Partei oder der Nationalen Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat (NA) um Nationalrat James Schwarzenbach (1911–1994) nahmen die Gewerkschaften bei ihren Forderungen nach Begrenzung der Zuwanderung jeweils auf wirtschaftliche Zusammenhänge Rücksicht.⁷² Für Radikalkuren waren sie nicht zu haben. Sie standen damit aber vor dem Problem, der eigenen Basis zu erklären, wieso eine Initiative abzulehnen sei, die eigentlich einem gewerkschaftlichen Anliegen entsprach.⁷³

67 Buomberger (wie Anm. 8), S. 38; Rudolf Braun: Sozio-kulturelle Probleme der Eingliederung italienischer Arbeitskräfte in die Schweiz, Erlenbach-Zürich 1970, S. 122.

68 Ebd.

69 Buomberger (wie Anm. 8), S. 21.

70 Ebd., S. 150–152.

71 Gfrörer (wie Anm. 3), S. 91f.; Buomberger (wie Anm. 8), S. 145–147; Eisinger (wie Anm. 9), S. 153f.

72 Eisinger (wie Anm. 9), S. 138.

73 Buomberger (wie Anm. 8), S. 39.

Die Ablehnung der Initiative war im Basler Kartellvorstand aus den genannten Gründen unbestritten. Er folgte voll und ganz der Linie des Gewerkschaftsbundes und appellierte wie dieser nicht nur an die wirtschaftliche Vernunft, sondern ebenso an die Menschlichkeit.⁷⁴ Allerdings ahnten die Vorstandsmitglieder auch, wie schwierig der Abstimmungskampf werden würde. Als das Kartellsekretariat mehrere Grossveranstaltungen vorschlug, wurde im Vorstand vor möglichen kontraproduktiven Auswirkungen gewarnt und eine Veranstaltung mit Pro- und Kontra-Argumenten angemahnt.⁷⁵ Zudem wurde beschlossen, die Initiative im Aufruf zum Ersten Mai nicht zu erwähnen, sondern sich erst einen Tag später dazu zu äussern.⁷⁶ Offenbar sollte unbedingt vermieden werden, am Maifeiertag das Bild einer gespaltenen und zerstrittenen Arbeiterschaft zu vermitteln. Damit dies gelang, konnte sich das Gewerkschaftskartell einer Stellungnahme nicht ganz entziehen, insbesondere da der einwanderungsfreundliche Schweizerische Bau- und Holzarbeiterverband mit der Parole «Bau- und Holzarbeiter – Überfremdungsinitiative NEIN» aufmarschieren wollte, die dann in «Basler Gewerkschaften – Überfremdungsinitiative NEIN» abgeändert wurde.⁷⁷

Bei der Parolenfassung an der Delegiertenversammlung vom 27. Mai referierte Nationalrat Helmut Hubacher (geboren 1926), der die Ansicht vertrat, dass es ein «Problem der Überfremdung» gebe, aber sein Publikum bat, die entstandenen Probleme nicht auf inhumane Art und Weise zu lösen, zumal der Bundesrat nun handle.⁷⁸ Befürworter der Initiative äusserten die Hoffnung, dass bei einer Annahme Wohnungen frei würden, aber auch, wie das Protokoll vermerkt, «Ressentiments gegen die zum Teil assimilationsunwilligen Italiener und Angst vor der Übernahme des römischen Katholizismus».⁷⁹ Die Initiative wurde schliesslich von den grösstenteils zuwanderungskritischen Delegierten mit 47 zu acht Stimmen bei elf Enthaltungen abgelehnt. Gleichzeitig appellierte man an den Bundesrat, die im März 1970 beschlossene Globalplafonierung konsequent umzusetzen und noch zu verschärfen. Ferner wurde eine Infrastruktursteuer für Unternehmen gefordert, da diese letztlich die Profiteure der starken Zuwanderung während des kostentreibenden

74 Siehe StABS, PA 929a C 5-1: Brief des GKBS an die Sektionen, 20.1.1969.

75 Ebd., C 3-1: Protokoll KV, 25.2.1970.

76 Ebd.: Protokoll KV, 25.3.1970.

77 Ebd.: Protokoll KV, 22.4.1970.

78 Ebd., C 4-1: Protokoll DV, 27.5.1970.

79 Ebd.

Aufschwungs seien.⁸⁰ Ein Nein zur Schwarzenbach-Initiative ohne zuwanderungskritische Forderungen wäre wohl für die Delegierten inakzeptabel gewesen.

Beim Metall- und Uhrenarbeiterverband reichten die Zerwürfnisse bis in den Sektionsvorstand. Ein Vorstandsmitglied trat kurz vor der Abstimmung aus fadenscheinigen Gründen zurück, räumte dann aber ein, dass ihn die Haltung des SMUV zur Schwarzenbach-Initiative enttäuscht habe.⁸¹ Auch an der Basis gab es viele Sympathisanten der Initiative, was dem Vorstand durchaus bewusst war.⁸² Gerade Vertrauensleute an der Basis versuchten aber auch, Streit zu vermeiden. Als an einer Gruppenversammlung nach der Haltung des Verbandes zur Initiative gefragt wurde, bemerkte der Gruppenpräsident, er habe diese absichtlich nicht thematisiert, weil «in dieser Sache bekanntlich die besten Freunde uneinig seien».⁸³ Für die Basler Sektion des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes war klar, dass die Initiative aus wirtschaftlichen und menschlichen Gründen abzulehnen sei.⁸⁴ Man verband diese Haltung mit der Hoffnung, dass die Zuwanderer nun einsehen würden, «wohin sie gehören, nachdem sie seit Jahren von den geordneten Arbeitsbedingungen in der Schweiz profitierten und es wiederum die Gewerkschaft ist, die ihnen die Kastanien aus dem Feuer holt».⁸⁵ Der SMUV erwartete also Dankbarkeit und Einsicht, weil er den Kampf gegen die Schwarzenbach-Initiative aufnahm. Dass er mit dieser Haltung die ausländischen Arbeitskräfte für die Gewerkschaft begeistern konnte, ist eher unwahrscheinlich.

Traugott Hasslauer, inzwischen GTCP-Sektionspräsident, nutzte die Schwarzenbach-Initiative hingegen als Anlass für eine beissende Selbstkritik. Denn obwohl seines Erachtens die Wirtschaft die Verantwortung für die problematischen Folgen der Zuwanderung – nämlich die überlastete Infrastruktur und die Abhängigkeit ganzer Wirtschaftsbranchen von den Immigranten – trug, und der Staat gegen die Auswirkungen der wirtschaftlichen Expansion, die er unterstützt habe, nicht gewappnet gewesen sei, hätten auch die Gewerkschaften bei der Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem

80 Ebd. und C 3-1: Pressecommuniqué «Was geschieht nach dem 7. Juni 1970?»; zur Globalplafonierung siehe Mahnig (wie Anm. 6), S. 76–78.

81 StABS, PA 1135a C 3-1: Protokolle SV, 2.6. und 9.6.1970.

82 Siehe ebd.: Protokoll SV, 28.10.1969.

83 Ebd., C 4-1-14: Protokoll Gruppenversammlung, Gruppe Spengler und Sanitär-Installateure, 9.4.1970.

84 Ebd., D 1: Jahresbericht 1969, S. 5f. und C 3-1: Protokoll SV, 28.1.1969.

85 Ebd., D 1: Jahresbericht 1969, S. 6.

Zweiten Weltkrieg versagt und könnten daher nur noch auf Tatsachen reagieren.⁸⁶ Solche massive Selbstkritik war ungewöhnlich, denn wenn andere Funktionäre Fehler in der Migrationspolitik einräumten, bezogen sie dies stets auf Politik und Wirtschaft. Hasslauer's Kritik war jedoch fundamental. Sie legte den Finger auf den wunden Punkt, der darin bestand, dass die Gewerkschaften mit ihrer Politik des Arbeitsfriedens in der Nachkriegszeit gar nicht in der Lage gewesen waren, die massive Einwanderungswelle zu verhindern, da sie über zu wenig Macht und Einfluss verfügten, um politisch etwas auszurichten, weil sie freiwillig auf Kampfmassnahmen verzichtet hatten. Die Alternative zum Arbeitsfrieden wäre gewesen, von Anfang an die Zuwanderer zu organisieren und gegen deren rechtliche und soziale Diskriminierung sowie für höhere Löhne zu kämpfen. Da die Gewerkschaften dies nicht taten, konnten sie nur zuschauen, wie die Wirtschaft immer weiter mittels Ausbau des Personalbestandes anstelle von Rationalisierungen in den Produktionsprozessen expandierte und wie die dafür benötigten zugewanderten Arbeitskräfte sozial und rechtlich diskriminiert wurden. Dies sah auch der kommunistische Vorwärts so, der Hasslauer's Selbstkritik wie folgt kommentierte:

«Dieses Eingeständnis über die Schwäche der Gewerkschaften einem so entscheidenden klassenpolitischen Problem gegenüber, wie es die Frage der ausländischen Arbeiter ist, trifft zu. Ohne Bruch mit der Politik der Sozialpartnerschaft war und ist ihm aber nicht beizukommen.»⁸⁷

Auch der Gewerkschaft Chemie Textil Papier war bewusst, dass es in ihren Reihen Befürworter der Initiative gab.⁸⁸ Trotzdem lud man den Initianten, James Schwarzenbach, neben dem SP-Regierungsrat und Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes Edmund Wyss (1916–2002) für den Gegenpart an eine Generalversammlung ein. Die Stimmung im vollbesetzten Saal war angespannt, auch weil viele Nichtmitglieder an der eigentlich geschlossenen Versammlung teilnahmen und anfangs nicht vollständig aus dem Saal gewiesen werden konnten.⁸⁹ Wahrscheinlich handelte es sich um Sympathisanten der Nationalen Aktion, von denen einige Schwarzenbach im

86 SSA, Ar 18.511.1: Jahresbericht 1969, S. 2.

87 Ebd., Ar 18.520.14: Vorwärts, 14.5.1970.

88 Ebd., Ar 18.511.1: Jahresbericht 1969, S. 2.

89 Ebd., Ar 18.520.14: Protokoll GV, 5.3.1970 und Ar 18.512.2: National-Zeitung, 8.3.1970.

Abstimmungskampf nachreisten und Stimmung machten.⁹⁰ Die anschliessende Diskussion wurde – vor allem auf Seiten der Befürworter der Initiative – sehr emotional geführt und von persönlichen Angriffen gegenüber Regierungsrat Wyss und auch der beiden Referenten untereinander begleitet, bis Schwarzenbach schliesslich zusammen mit einigen Anhängern wutentbrannt den Saal verliess.⁹¹ Ein Wortführer der Befürworter der Initiative war das Sektionsvorstands- und Geschäftsleitungsmitglied Eduard Blank, Präsident der einflussreichen Gruppe Ciba sowie Grossrat der SP, der sich von der National-Zeitung harsche Kritik anhören musste:

«Wenn etwa E. Blank, der immerhin Politiker ist, betonte, er habe die Initiative unterschrieben, weil der Bundesrat seine Versprechungen nicht gehalten habe, wenn er erklärte, er gehe am Samstag weder in die Rheinbrücke noch in die Migros, weil er dort nur Italiener antreffe, wenn Blank ferner sein Schweizertum und seine Dienstleistungen in der Armee hervorhob und schliesslich von der «Humanität gegenüber dem eigenen Volk», um dessen Existenz es gehe, sprach, dann hatte das mit sachlichen Argumenten nichts mehr zu tun.»⁹²

Dass sich auch andere Redner dahingehend äusserten, so dass sich der Berichterstatter der National-Zeitung, der «Volk und Heimat» als Synonym für «Blut und Boden» betrachtete, sogar in die 1930er-Jahre zurückversetzt fühlte, und Blank für seine Ausführungen viel Zuspruch erfuhr,⁹³ zeigt, dass Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und sogar Rassismus auch in der Gewerkschaft Chemie Textil Papier keine Seltenheit waren. Während sich Sektionsvorstand und Geschäftsleitung nicht weiter mit den Äusserungen Blanks auseinandersetzten, wurde im Vorstand der Gruppe Angestellte von einigen Mitgliedern Kritik geübt, aber ein Vorstandsmitglied hielt schliesslich fest, dass in der GTCP «noch freie Meinungsäusserung zugesichert ist».⁹⁴ Blank legte aber im Abstimmungskampf noch nach, als er in einem Zeitungsinterview, das mit «Voici un Schwarzenbach Bâlois: M. Édouard Blank» überschrieben war, behauptete, die Mehrheit der Arbeiter in der Ciba würden wie er stimmen, und dass er mit seiner Meinung mindestens einer sehr starken Minderheit in der Schweiz angehöre.⁹⁵

90 Isabel Drews: «Schweizer erwache!». Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978), Frauenfeld/Stuttgart/Wien 2005, S. 169.

91 SSA, Ar 18.520.14: Protokoll GV, 5.3.1970 und Ar 18.512.2: Abend-Zeitung, 7.3.1970, und National-Zeitung, 8.3.1970.

92 Ebd., Ar 18.512.2: National-Zeitung, 8.3.1970.

93 Ebd.; Buomberger (wie Anm. 8), S. 136f.

94 StABS, PA 932a G 1: Protokoll Vorstandssitzung, 16.3.1970.

95 Feuille d'avis de Lausanne, 15.5.1970, S. 41.

Während er mit seiner Prognose angesichts eines Ja-Anteils von 46 Prozent recht behalten sollte, sorgte seine Anmassung, zu wissen, was die Mehrheit der Ciba-Arbeiter denkt, in der Geschäftsleitung für Irritation.⁹⁶ Trotzdem kam es im Sektionsvorstand der GTCP nicht zu einem Zerwürfnis wie beim Metall- und Uhrenarbeiterverband und Blank wurde wegen seiner Haltung nicht ausgegrenzt. Er trat zwar 1970 aus der Geschäftsleitung zurück, allerdings mit dem Argument, dass die Gruppe Ciba-Geigy, die nach der Fusion der beiden Arbeitgeber im selben Jahr entstanden war, übervertreten sei.⁹⁷ Sektionspräsident Hasslauer bedauerte den Rücktritt.⁹⁸ Es gab in der GTCP aber auch andere Stimmen zur Initiative. Die Arbeiterkommission der Sandoz begründeten ihre Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative damit, dass die Schweizer Arbeiter nicht unter der Präsenz der Zuwanderer an sich, sondern an der überlasteten Infrastruktur litten, und dass wieder einmal unschuldige Arbeiter, welche für die von den Schweizern selbst verursachte Lage nicht verantwortlich gemacht werden könnten und die der Wirtschaft als Mittel zum Zweck gedient hätten, die Leidtragenden seien.⁹⁹

Angesichts der spannungsgeladenen Atmosphäre ist es geradezu erstaunlich, wie ungeschickt die GTCP vorging. Während das Gewerkschaftskartell klar Stellung bezog, aber zugleich umsichtig taktierte, um möglichst die Befürworter und Sympathisanten der Initiative unter den Mitgliedern nicht zu verärgern, wich die GTCP einer klaren Stellungnahme aus. So schimmerte die Ablehnung der Initiative im Jahresbericht 1969 nur zwischen den Zeilen durch und an der Generalversammlung wurde es mit Regierungsrat Edmund Wyss einem Aussenstehenden überlassen, gegen die Initiative zu sprechen.¹⁰⁰

James Schwarzenbach war im Nachhinein stolz darauf, dass es ihm gelungen war, die Arbeiterschaft zu spalten.¹⁰¹ Wie an andern Orten in der Schweiz war auch in Basel die Zustimmung zu seiner Initiative gerade in den Arbeiterquartieren am höchsten, nämlich zwischen 51 und 70 Prozent.¹⁰² Sowohl die Gewerkschaft Chemie Textil Papier als auch der Metall- und Uhrenarbeiterverband mussten

96 SSA, Ar 18.520.14: Protokoll Geschäftsleitung (GL), 26.5.1970.

97 Ebd.: Protokoll GL, 24.11.1970. Er verblieb jedoch im Sektionsvorstand.

98 Ebd.: Protokoll SV, 25.11.1970.

99 Ebd., Ar 18.512.2: Stellungnahme der Arbeiterkommission zur Überfremdungsinitiative, 18.3.1970.

100 Ebd., Ar 18.511.1: Jahresbericht 1969, S. 2.

101 Buomberger (wie Anm. 8), S. 178.

102 Ebd., S. 162.

wegen des gewerkschaftlichen Positionsbezuges mehr Austritte von Mitgliedern als üblich verzeichnen.¹⁰³ Das umsichtige Taktieren des Gewerkschaftskartells hatte die Spaltung nicht verhindern können. Traugott Hasslauer fasste nach der Abstimmung zusammen, es herrsche nun «Malaise unter der Arbeiterschaft» und die Infrastrukturprobleme seien immer noch nicht gelöst.¹⁰⁴ Die Gruppe Angestellte der GTCP bemerkte: «Es braucht in beiden Lagern etwas Fingerspitzengefühl, damit die Wunden in unserer Gewerkschaft wieder heilen können.»¹⁰⁵ Wie tief die Zerwürfnisse gewesen sein müssen, zeigt auch, dass die GTCP im Sommer 1970 ihren Sekretär Ewald Kaeser (1918–2010) bei einer anstehenden Neuwahl für das Kartellpräsidium vorschlug und dies damit begründete, dass der Ausgang der Abstimmung eine Aktivierung des Kartells nötig mache, was nur ein Präsident, der in Basel arbeite, erreichen könne.¹⁰⁶

Die Siebzigerjahre: Krise und Entspannung

James Schwarzenbach plante unmittelbar nach der Abstimmungsniederlage unter anderem eine Initiative für eine Infrastruktursteuer, die Unternehmen auf ausländische Arbeitskräfte entrichten sollten.¹⁰⁷ Das Gewerkschaftskartell, das kurz zuvor im Abstimmungskampf selbst eine Infrastruktursteuer für Unternehmen gefordert hatte, sprach sich nun aber unter anderem wegen der Verknüpfung mit der Herkunft der Arbeiter gegen das Vorhaben aus.¹⁰⁸ 1972 nahm die «Kommission für Ausländerfragen» ihre Tätigkeit auf, die das Gewerkschaftskartell Basel-Stadt zusammen mit der SP und dem Gewerkschaftskartell Basel-Land eingerichtet hat.¹⁰⁹ Das Ziel dieser forcierten Beschäftigung mit dem Thema «Einwanderung» war eindeutig: Man wollte in der Migrationspolitik eine aktive Rolle einnehmen, um der Überfremdungsbewegung, die inzwischen den Ton angab, etwas entgegensetzen zu können.

103 SSA, Ar 18.520.14: Protokoll SV, 25.6.1970; StABS, PA 1135a C 3-1: Protokoll SV, 7.7.1970.

104 SSA, Ar 18.520.14: Protokoll SV, 25.6.1970.

105 StABS, PA 932a G 1: Protokoll Vorstandssitzung, Gruppe Angestellte, 4.8.1970.

106 Ebd., PA 929a C 4-1: Protokoll DV, 10.6.1970. Gewählt wurde Helmut Hubacher, der 1972 zurücktrat, um das Kartellsekretariat zu übernehmen.

107 Buomberger (wie Anm. 8), S. 173. Schwarzenbach gab die Pläne nach wenigen Wochen wieder auf.

108 StABS, PA 929a C 3-1: Arbeitspapier zur Schwarzenbach-Initiative II.

109 Ebd., C 6-4: Sekretariat GKBS an VHTL, SBHV, GTCP und SMUV (s. d.) und C 3-1: Protokolle KV, 1.9.1971 und 21.11.1972.

Die dritte Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion, über die 1974 abgestimmt wurde, stiess bei den Gewerkschaften in Basel wie auf nationaler Ebene auf ebensolche Ablehnung wie die Schwarzenbach-Initiative.¹¹⁰ Für den Abstimmungskampf wurde das «Komitee für eine humane Schweiz» gegründet, das sich aus Vertretern von SP und Gewerkschaftskartell zusammensetzte.¹¹¹ Erneut wurde im Kartellvorstand ein behutsames Vorgehen angemahnt, da sich auch in den eigenen Reihen Befürworter befänden.¹¹² Auch die Gewerkschaft Chemie Textil Papier bezweifelte, dass seit 1970 in der Arbeiterschaft ein Bewusstsein für mehr Solidarität mit den ausländischen Arbeitskräften entstanden sei.¹¹³ Als mehrere Immigrantensorganisationen mit einer eigenen Veranstaltung in den Abstimmungskampf eingreifen wollten, rieten Gewerkschaftskartell, GTCP und Metall- und Uhrenarbeiterverband aus Sorge, dies könnte die Zustimmung zur Initiative fördern, dringend davon ab und verweigerten sich einer Beteiligung.¹¹⁴

Die Argumentation gegen die Initiative folgte weitgehend derjenigen gegen die Schwarzenbach-Initiative. Zwar wurde anerkannt, dass es Probleme gebe, aber auch erklärt, dass die erneute Überfremdungsinitiative der falsche Lösungsweg sei, da sie unmenschlich und schädlich für die Wirtschaft sei, und sich die Lage bereits gebessert habe.¹¹⁵ Wiederum wurden also wirtschaftliche und menschliche Erwägungen gegen die Initiative vorgebracht. Von Streit und Zerwürfnissen berichten die Quellen im Gegensatz zu 1970 nicht mehr. Das ist insofern wenig überraschend, als die Initiative der Nationalen Aktion ein noch extremerer Aufguss der Schwarzenbach-Initiative war. Ob sie radikalen migrationspolitischen Vorlagen zustimmen wollten, mussten die Gewerkschaften bereits 1970 entscheiden. Befürworter von damals waren inzwischen entweder ausgetreten oder hatten sich mit dem taktischen Nein der Gewerkschaften abgefunden, zumal weiterhin am Begrenzungsziel festgehalten wurde. Das erneute Nein erweckte nicht mehr den Eindruck des Verrats an den eigenen Zielen, sondern war die logische Folge des Entscheids

110 Zum SGB siehe Gfrörer (wie Anm. 3), S. 93–94.

111 StABS, PA 929a C 3-1: Protokoll KV, 11.9.1974.

112 Ebd.

113 SSA, Ar 18.520.15: Protokoll SV, 30.5.1974.

114 StABS, PA 929a C 5-1: Brief von CLI und ATEES an SP, PdA, POB, GK u. a., 20.9.1974, C 5-1: Brief des GKBS an die CLI, 23.9.1974, C 5-1: Brief der GTCP Sektion Basel an die CLI, 24.9.1974 und PA 1135a C 3-1: Protokoll SV, 24.9.1974.

115 Ebd., PA 929a C 4-1: Protokoll DV, 25.9.1974, C 5-1: Einige Gründe gegen die NA-Initiative und C 3-1: Flugblatt «Wem die Stunde schlägt».

von 1970. Dementsprechend gingen auch die Emotionen diesmal viel weniger hoch. An der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftskartells gab es bei 78 Nein-Stimmen keine Ja-Stimmen mehr, wenn auch über 20 Enthaltungen.¹¹⁶ Während sich in den Gewerkschaften die Lage beruhigt hatte, war die Auseinandersetzung mit der Nationalen Aktion, der Lüge und Missbrauch der Arbeiterschaft vorgeworfen wurden, durchaus hitzig.¹¹⁷

Die Initiative wurde schliesslich mit 65,8 Prozent Nein-Stimmen im Gegensatz zu 1970 deutlich verworfen. Die Gewerkschaft Chemie Textil Papier sah sich aber dem Vorwurf ausgesetzt, sie hätte sich zu wenig engagiert. Dies konterte sie mit dem Hinweis, wegen der schlechten Erfahrungen von 1970 darauf verzichtet zu haben, die Initiative an einer eigenen Versammlung zu thematisieren.¹¹⁸ Die Ereignisse aus der Schwarzenbach-Abstimmung hallten also immer noch nach. Kurz vor der Abstimmung war sich der Kartellvorstand folgerichtig keinesfalls sicher gewesen, wie diese ausgehen würde, und Kartellpräsident Kurt Walter stellte mit Blick auf die Migrationspolitik fest: «Wir brauchen endlich ein klares Konzept»,¹¹⁹ womit er deutlich machte, dass die Gewerkschaften längst nur noch reagierten, während andere den Takt vorgaben.

Während die prognostizierte Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeblieben war, rutschte die Schweiz 1974 im Zuge der Ölkrise in eine tiefe Rezession, in der die Immigranten nun doch noch als «Konjunkturpuffer» erhalten mussten. Circa 250 000 von ihnen waren gezwungen, das Land zu verlassen, weil ihre Jahresaufenthalts- oder Saisonbewilligungen nicht verlängert wurden.¹²⁰ Für das Gewerkschaftskartell hatte zwar die Vollbeschäftigung Priorität, aber man sprach auch an, dass die Arbeitslosigkeit zum Nachteil der Einwanderer «exportiert» worden sei und hielt fest:

«Damit kommen die Gewerkschaften in ein moralisches Dilemma. Einesteils hat der schweizerische Arbeitnehmer das Recht auf eine gewisse Bevorzugung. Andererseits widerstrebt es sämtlichen Grundsätzen, Ausländer einfach als

116 Ebd., C 4-1: Protokoll DV, 25.9.1974.

117 Ebd., C 5-1: Auftragsbestätigung der Publicitas, 9.10.1974 und C 3-1: An unsere Delegierten (s. d.). Siehe auch Buomberger (wie Anm. 8), S. 189.

118 StABS, PA 929a C 3-1: Protokoll KV, 30.10.1974.

119 Ebd., Protokoll KV, 18.10.1974. Walter (Schweizerischer Bau- und Holzarbeiterverband) folgte auf Helmut Hubacher, der das Kartellsekretariat übernommen hatte.

120 Haug (wie Anm. 7), S. 7–11; Mahnig (wie Anm. 6), S. 85f.; Buomberger (wie Anm. 8), S. 190–193.

Puffermasse zu betrachten. Der Zwiespalt zwischen Realität und Solidarität ist hier besonders krass.»¹²¹

Damit schloss sich das Gewerkschaftskartell dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund an, der das Vorgehen aus humanitären Erwägungen kritisierte und 1976 erklärte, ausländische Arbeitskräfte seien kein Import-/Export-Artikel.¹²² Weit weniger Bedauern äusserte die Basler SMUV-Sektion. Vielmehr warf sie den Wirtschaftsvertretern Versagen vor, weil die Schweiz ohne den Konjunkturpuffer Zuwanderer «in die grösste Wirtschaftskatastrophe hineingerasselt» wäre. Die Wirtschaftsverbände würden es sich zu leicht machen, wenn sie nun die verhältnismässig geringe Arbeitslosigkeit betonten und gleichzeitig verschwiegen, dass viele ausländische Arbeitskräfte das Land hätten verlassen müssen.¹²³ Dabei klammerte man selber aus, was für grosse Teile der Schweizer Gewerkschaftsbewegung peinlich sein musste: Diese hatten nämlich die Migrationspolitik der Schweiz, in der die Immigranten als «Konjunkturpuffer» betrachtet wurden, von Anfang an mitgetragen. Trotzdem muss ein Bedauern des Massenexodus nicht als reine Heuchelei eingestuft werden. Immerhin sassen die Gewerkschaften in einer Zwickmühle: Entlassungen von Schweizern bei gleichzeitiger Weiterbeschäftigung von Ausländern wäre bei Schweizer Gewerkschaftsmitgliedern ebenso auf Unverständnis gestossen, wie der Verbleib entlassener Ausländer ohne Niederlassungsbewilligung im Land. Folgerichtig hielt man weiterhin an einer Bevorzugung der Schweizer fest, wodurch Ausländer zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert wurden. Genauso wenig forderte man ein Ende der «kalten» Ausweisungen, obwohl das «moralische Dilemma» zwischen internationaler Solidarität und Bevorzugung der Schweizer erkannt worden war. Eine Abkehr von der «Konjunkturpuffer»-Politik wäre schliesslich ein fundamentaler Widerspruch zur gewerkschaftlichen Migrationspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen. Zudem hätten die Gewerkschaften ohne Bruch des Arbeitsfriedens auch nicht über ein Instrument verfügt, sich für die ausländischen Arbeitskräfte zu wehren. Das sture Festhalten am Arbeitsfrieden hatte aber 1973 mit der Wahl Ezio Canonicas (1922–1978) zum Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes gerade erst zu bröckeln begonnen.¹²⁴

121 StABS, PA 929a C 3-1: Entwurf von Richtlinien, 23.1.1975, S. 3.

122 Gfrörer (wie Anm. 3), S. 72 und 75.

123 StABS, PA 1135a D 1: Jahresbericht 1976.

124 Gfrörer (wie Anm. 3), S. 86; Spillmann (wie Anm. 3), S. 153.

Die vierte Überfremdungsinitiative der Schweizerischen Republikanischen Bewegung – der neuen Partei James Schwarzenbachs nach seinem Bruch mit der Nationalen Aktion –, die abermals eine Begrenzung des Ausländeranteils forderte, und die fünfte Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion, die eine Beschränkung der Einbürgerungen verlangte, wurden am 13. März 1977 mit geringerer Zustimmung und nach einer weit weniger emotional geführten Debatte als bei ihren Vorläuferinnen abgelehnt.¹²⁵ Auch in den Basler Gewerkschaften hatten sich die Gemüter merklich beruhigt. Die Auseinandersetzung um die beiden Initiativen war im Vergleich zu den hitzigen Debatten von 1970 und – wenn auch abgeschwächt – 1974 eine Routineangelegenheit. Der Vorstand und die Delegierten des Gewerkschaftskartells lehnten die Initiative ab und der Abstimmungskampf wurde an das reaktivierte «Komitee für eine humane Schweiz» ausgelagert.¹²⁶ Während der Metall- und Uhrenarbeiterverband sich gar nicht zur Initiative äusserte, beschränkten sich die Aktivitäten der Gewerkschaft Chemie Textil Papier auf ein ausschliesslich gegen die fünfte Überfremdungsinitiative gerichtetes Mitglieberschreiben von Sektionspräsident Stefan Hofer, dem Nachfolger Traugott Hasslauer. Hofer, ein junger Anwalt, wandte sich nicht nur gegen die Initiative, sondern war sogar so unerschrocken, angesichts der zahlreichen Ausländer, die in der Schweiz geboren oder zur Schule gegangen waren, eine erleichterte Einbürgerung zu fordern.¹²⁷ Dies war nicht selbstverständlich, denn die Furcht vor der eigenen Basis wirkte immer noch nach. So plante das «Komitee für eine humane Schweiz» laut Kartellsekretär Helmut Hubacher wegen möglicher kontraproduktiver Auswirkungen keine «allzu aufwendige Kampagne».¹²⁸

Im Abstimmungskampf gab es zudem Anzeichen, dass sich in den Gewerkschaften der Solidaritätsgedanke zunehmend gegen die Ausgrenzung der Ausländer und die Bevorzugung der Schweizer durchsetzte. Als bei der Parolenfassung des Gewerkschaftskartells ein Delegierter fragte, welche Alternative es gäbe, solange Schweizer Jugendliche nach Lehrabschluss und Rekrutenschule keine Stelle fänden, antwortete ihm ein anderer umgehend, die Alternative sei, dass Schweizer und Ausländer gemeinsam gegen die Krise und die

125 Buomberger (wie Anm. 8), S. 193–196.

126 StABS, PA 929a C 3-1: Protokoll KV, 26.1.1977 und C 4-1: Protokoll DV, 14.2.1974.

127 SSA, Ar 18.520.16: Schreiben von Stefan Hofer (s. d.).

128 StABS, PA 929a C 5-1: Brief des «Komitees für eine humane Schweiz», 16.2.1977.

Spaltung der Arbeiterschaft kämpfen würden.¹²⁹ Zudem geriet das Saisonierstatut immer mehr in die Kritik. Einerseits wurde festgehalten, dass eine Begrenzung von Jahresaufenthaltern und Niedergelassenen zu Gunsten einer unbeschränkten Zulassung von Saisoniers, wie es die vierte Überfremdungsinitiative forderte, auch für Schweizer nur Nachteile mit sich brächte, da dies Lohndumping befördern würde, andererseits wurden aber gleiche Rechte – vor allem auch das Recht auf das Zusammenleben der Familie – für alle Arbeiter gefordert und das Saisonierstatut in die Nähe des südafrikanischen Apartheidregimes gerückt.¹³⁰

Eine Gelegenheit, das Saisonierstatut abzuschaffen, wäre die 1981 deutlich verworfene Mitenand-Initiative gewesen, die allerdings von Anfang an unter einem schlechten Stern stand, da sie nach langer Sammelfrist nur sehr mühselig und knapp zu Stande kam, und schliesslich von SP und vielen Gewerkschaften nur mässig oder gar nicht unterstützt wurde.¹³¹ Auch in den Basler Gewerkschaften war die Skepsis anfänglich gross. 1974, mitten im Abstimmungskampf gegen die dritte Überfremdungsinitiative, musste gegenüber einigen skeptischen Kartellvorstandsmitgliedern versichert werden, dass sich das eben formierte «Komitee für eine humane Schweiz» nicht für die Mitenand-Initiative einsetzen werde.¹³² Für Irritationen sorgte, dass die SP der Initiative positiv gegenüberstand, während das Gewerkschaftskartell mehrheitlich dagegen war, was auch zu Spannungen in der Kommission für Ausländerfragen führte.¹³³ 1976 teilte das Kartellsekretariat dem Vorstand mit, die Initiative könne angesichts der bevorstehenden Abstimmungen über die vierte und die fünfte Überfremdungsinitiative von 1977 nicht mehr unterstützt werden.¹³⁴ Da sich das Gewerkschaftskartell wie erwähnt auch 1977 noch sorgte, dass eine zu kostspielige Kampagne gegen die Überfremdungsinitiativen kontraproduktiv wirken könne, ist davon auszugehen, dass solche Befürchtungen auch bei der Frage

129 Ebd., C 4-1: Protokoll DV, 14.2.1974.

130 Ebd., C 5-1: An die Gewerkschafts- und SP-Mitglieder des Kantons Basel-Stadt, März 1977 und C 4-1: Protokoll DV, 14.2.1974.

131 D'Amato (wie Anm. 21), S. 231–233; Patrick R. Ireland: *The Policy Change of Ethnic Diversity. Immigrant Politics in France and Switzerland*, Cambridge (Mass.)/London 1994, S. 180–183.

132 StABS, PA 929a C 3-1: Protokoll KV, 11.9.1974.

133 Ebd.: Protokoll KV, 11.9.1974, C 5-2: Brief von H. Hubacher an K. Traub, 22.11.1974 (im Original fälschlicherweise 1973) und C 5-1: Kurzprotokoll der Aussprache zwischen Vertretern des Gewerkschaftskartells und Mitgliedern der Ausländerkommission, 9.1.1975.

134 Ebd., C 3-1: Protokoll KV, 13.10.1976.

nach Unterstützung der Mitenand-Initiative eine Rolle gespielt haben dürften.

Nachdem der Gewerkschaftsbund schliesslich Stimmfreigabe beschlossen und sich dabei nicht von einer Demonstration der Gewerkschaft Bau und Holz mit einigen Tausend Teilnehmern hatte beeindrucken lassen, fragte Helmut Hubacher im Kartellvorstand, ob er eine erneute Diskussion beantragen solle. Aber selbst die Vertreter der Basler Sektion der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft waren der Ansicht, dass dies nichts mehr am Meinungsbild ändern würde.¹³⁵ Schliesslich konnte sich das Gewerkschaftskartell anders als der Gewerkschaftsbund aber doch zur Unterstützung der Mitenand-Initiative durchringen. Es begründete dies wie schon die Ablehnung der vierten Überfremdungsinitiative damit, dass Saisoniers als Billigarbeitskräfte im Gegensatz zu andern ausländischen Arbeitnehmern das Lohnniveau drücken würden.¹³⁶ Tunlichst wurde dabei aber der Eindruck vermieden, die Einwanderung solle gefördert werden: «Wir sind nicht für mehr Ausländer, sondern wir sagen: Weniger, dafür gerechter.»¹³⁷ Insgesamt fällt aber auf, dass auch hier nicht die Solidarität mit Zuwanderern im Vordergrund stand, sondern der Nutzen der Mitenand-Initiative für Schweizer (oder zumindest Inländer) hervorgehoben wurde. Wahrscheinlich betrachtete man dies als den erfolgversprechenderen Weg, für die Initiative zu werben, wobei Kartellsekretär Hubacher in seiner Funktion als Nationalrat und SP-Präsident bei anderer Gelegenheit durchaus auch mit humanitären Erwägungen zu argumentieren wusste.¹³⁸

Die Uneinigkeit der Basler Gewerkschaften zeigte sich aber auch beim Metall- und Uhrenarbeiterverband und der Gewerkschaft Chemie Textil Papier, die beide der Parole ihrer Zentralverbände folgten.¹³⁹ Für den SMUV, der zu dieser Frage keine Delegiertenversammlung und keine Pro-/Kontra-Diskussion abhalten wollte, bedeutete dies Stimmfreigabe.¹⁴⁰ Die GTCP hingegen trat bereits im November 1978 dem Basler Unterstützungskomitee der Mitenand-Initiative bei und engagierte sich auch im Abstimmungs-

135 Ebd.: Protokoll KV, 26.11.1980.

136 Ebd., C 5-2: Entwurf für ein Inserat im Baslerstab vom 1.4.1981.

137 Ebd.

138 Ebd.: Kolumne für die Abstimmungszeitung Mitenand «Menschlichkeit ist machbar, Nachbar!».

139 Zu den Parolen der Zentralverbände siehe Forschungszentrum für Schweizerische Politik an der Universität Bern (Hg.): *Année politique Suisse* 1981, Bern 1982, S. 141.

140 StABS, PA 1135a C 3-1: Protokoll SV, 17.2.1981.

kampf.¹⁴¹ Die Begeisterung für die Initiative hielt sich aber überall in Grenzen, was auch an der absehbaren Niederlage gelegen haben dürfte.¹⁴² Zumindest für die zweite Hälfte der Siebzigerjahre tritt damit aber auch eine bemerkenswerte Diskrepanz zu Tage: Einerseits bekämpften Vertreter des Gewerkschaftskartells die Überfremdungsinitiativen mit dem Argument, das Saisonnierstatut sei unmenschlich, andererseits tat sich das Kartell gleichzeitig äusserst schwer, eine Initiative zu unterstützen, die unter anderem gerade die Abschaffung dieses Saisonnierstatuts forderte.

Dieser Widerspruch ist umso bemerkenswerter, als sich das Gewerkschaftskartell sonst ständig in internationaler Solidarität übte. Es kritisierte beispielsweise die Unterdrückung in Spanien und der Sowjetunion¹⁴³ sowie Todesurteile in Guinea,¹⁴⁴ wandte sich gegen die Militärregierung in Chile¹⁴⁵ oder intervenierte beim bolivianischen Innenministerium wegen einer politischen Gefangenen,¹⁴⁶ war aber nicht dazu bereit, bedingungslos die gleichen Rechte für die Ausländer im eigenen Land einzufordern. Dadurch setzte es sich in den 1970er-Jahren aber auch dem ständigen Druck der Parteien vom linken Rand des politischen Spektrums aus – nämlich der Progressiven Organisationen Basel (POB) und der Partei der Arbeit (PdA) –, welche die Anliegen der Immigrantensorganisationen vorbehaltlos unterstützten.

Die Mitenand-Initiative wurde nicht zum Spaltpilz für die Gewerkschaften, obwohl diese keine gemeinsame Position finden konnten; ein Zeichen, dass sich die Immigrationsdebatte in den 1970er-Jahren entspannt hatte. Insbesondere nach 1974 wurde es merklich ruhiger, was vor allem an der bereits erwähnten Rückwanderungswelle gelegen haben dürfte, die wohl viele Ängste in der Arbeiterschaft zerstreut beziehungsweise in den Hintergrund gedrängt hatte.¹⁴⁷ Zunehmend wurden andere Themen wichtiger. So erklärte GTCP-Sektionspräsident Traugott Hasslauer bereits 1971 die betriebliche Mitbestimmung zur wichtigsten Frage der nächsten Jahre.¹⁴⁸

141 SSA, Ar 18.520.17: Protokoll GL, 28.11.1978 und Ar 18.520.19: Protokolle SV 24.2. und 31.3.1981 sowie Protokoll GL, 19.2.1981.

142 Siehe z. B. ebd., Ar 18.520.19: Protokoll SV, 24.2.1981.

143 StABS, PA 929a C 3-1: Gegen die Un-Rechtssprechung (Dezember 1970).

144 Ebd., C 5-1: Brief des Gewerkschaftskartells an den Botschafter der Republik Guinea, 29.1.1971.

145 Ebd., C 3-1: Protokoll KV, 4.6.1974.

146 Ebd., C 5-2: Brief des Gewerkschaftskartells an den Innenminister von Bolivien, 5.3.1981.

147 Vgl. Buomberger (wie Anm. 8), S. 195.

148 SSA, Ar 18.511.1: Jahresbericht 1971, S. 2.

Über Einwanderung wurde nur noch bei äusseren Anlässen wie den Überfremdungsinitiativen gesprochen, während in den 1960er-Jahren das Thema ständig präsent war. Symptomatisch dafür ist das Traktandum an einer Delegiertenversammlung im Jahr 1979: «Die Ausländerfrage – wie ist die Lage eigentlich heute?»¹⁴⁹ Das Thema musste geradezu aus der Versenkung geholt werden.

Fazit

Das Gewerkschaftskartell und die Basler Sektionen des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes und der Gewerkschaft Chemie Textil Papier folgten in ihrer Migrationspolitik im Grossen und Ganzen derjenigen ihrer Zentralverbände. Insbesondere das Gewerkschaftskartell und der Metall- und Uhrenarbeiterverband kritisierten die offizielle Migrationspolitik des Bundes und forderten eine Begrenzung der Zuwanderung. Die Überfremdungsinitiativen lehnten alle Gewerkschaften als zu radikale Massnahmen ab. Einzelne Basler Gewerkschaften und Gewerkschaftsexponenten waren etwas einwanderungsfreundlicher als der Schweizerische Gewerkschaftsbund. Dies äussert sich etwa in der Kritik Basler Gewerkschaftsvertreter an den ihrer Ansicht nach zu statischen oder unmenschlichen Begrenzungsforderungen des Gewerkschaftsbundes in den 1960er-Jahren oder in der Unterstützung der Mitenand-Initiative durch das Gewerkschaftskartell. Die Gewerkschaft Chemie Textil Papier zeigte sich einwanderungsfreundlicher als der Metall- und Uhrenarbeiterverband, war allerdings auch erst später von Immigrationsfragen tangiert.

Die Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative 1970 spaltete die Gewerkschaften und führte zu Streit und Zerwürfnissen. Zumindest an der Basis, wo Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus weit verbreitet waren, gab es starke Unterstützung für die Initiative. Aber schon bei der dritten Überfremdungsinitiative 1974 blieben interne Streitereien aus und nach dem «Erfolg» der «Konjunkturpuffer»-Politik in der Ölkrise beruhigte sich die Lage. Die erzwungene Auswanderung von circa 250 000 Ausländern wurde zwar bedauert, die Verantwortung aber der Wirtschaft zugeschoben und an der Bevorzugung der Schweizer nicht gerüttelt. Trotz des prinzipiellen Festhaltens an der Begrenzung der Einwanderung forderten die Gewerkschaften aber auch rechtliche und soziale Verbesserungen für die Einwanderer. Das Saisonierstatut wurde spätestens ab 1977 vermehrt

149 StABS, PA 929a C 4-1: Protokoll DV, 21.11.1979.

kritisiert, aber der lange Zeit praktizierte wirtschaftliche und kulturelle Protektionismus verhinderte noch ein entschiedenes Vorgehen. Die Aufnahme der Zuwanderer in die Gewerkschaften wurde in den 1950er-Jahren vernachlässigt und scheiterte in der Folge am fehlenden Konzept. Die ausländischen Arbeitskräfte wurden als Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt angesehen, ihre soziale und rechtliche Diskriminierung lange Zeit akzeptiert und die Bevorzugung der Schweizer war Konsens. Anstatt die Zuwanderer zu organisieren und für deren Rechte zu kämpfen, vertraten die Gewerkschaften in erster Linie die Interessen der Schweizer und hielten lange starr am Arbeitsfrieden fest. Dadurch konnten sie aber weder die starke Einwanderung begrenzen, noch ihrem Anspruch gerecht werden, die gesamte Arbeiterschaft zu vertreten.